Deutscher Bundestag **Drucksache 16/366**
16. Wahlperiode 17. 01. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Anna Lührmann, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/60 –

Abrissmoratorium für den Palast der Republik

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Hakki Keskin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/98 –

Abriss des Palastes der Republik stoppen

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hat in Beschlüssen vom 4. Juli 2002 und vom 13. November 2003 festgelegt, dass der Palast der Republik abgerissen und das Berliner Stadtschloss mit historischen Fassaden als Humboldt-Forum wieder aufgebaut werden soll. Mit ihren Anträgen setzen sich die Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE. dafür ein, von dieser Position abzurücken und nicht mit dem Abriss des Palastes der Republik zu beginnen. Stattdessen will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichen, dass zunächst die Planung für das Schlossareal überarbeitet und konkretisiert wird. In der Zwischenzeit soll der Palast von einem kulturellen Träger genutzt werden können. Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich ebenfalls dafür ein, den Palast in seinem gegenwärtigen Zustand zu erhalten und zu kulturell-kommunikativen Zwecken zu nutzen. Die Bundesregierung soll beauftragt werden, bis Herbst 2006 eine präzise Planung des Areals für Wissenschaft und Kunst vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung beider Anträge mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht abschließend erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 16/60 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 16/98 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2006

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatterin

Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank, Wolfgang Thierse, Christoph Waitz, Dr. Lukrezia Jochimsen und Grietje Bettin

I. Überweisungen

Der Antrag auf **Drucksache 16/60** ist in der 5. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2005 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und den Innenausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf **Drucksache 16/98** ist ebenfalls in der 5. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2005 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und den Innenausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 16/60

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, den Abriss des Palastes der Republik so lange aufzuschieben, bis „eine realistische und durchführbare Neubebauung des Schlossplatzes“ konkretisiert und beschlossen ist. Die für den Abriss eingeplanten Mittel sollen einem „vertrauenswürdigen kulturellen Träger“ übergeben werden, um damit experimentell und provisorisch zu erproben und zu entwickeln, was später zum Konzept für das geplante Humboldt-Forum werden soll. Parallel dazu muss aus der Sicht der Fraktion die langfristige Neugestaltung des Schlossplatzes planerisch vorangetrieben werden, wobei angesichts veränderter Ausgangsbedingungen jenseits des Bundestagsbeschlusses von 2002 neue bauliche Varianten zu prüfen seien.

b) Antrag auf Drucksache 16/98

Auch die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Antrag, den Palast der Republik zunächst nicht abzureißen, solange kein beschlossenes und finanziertes Anschlussprojekt existiert. Der vorhandene Palastrohbau soll bis dahin öffentlich zwischengenutzt werden können, z. B. für kulturelle Zwecke. Die Bundesregierung soll verpflichtet werden, bis Herbst 2006 eine präzisierte Planung für die künftige Nutzung des Schlossplatzes für Zwecke von Wissenschaft und Forschung vorzulegen. Gemeinsam mit dem Senat von Berlin habe sie eine Expertenkommission aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur zu bilden, die sich mit der Realisierung des Anliegens befasst. Außerdem sei eine breite öffentliche Diskussion anzustoßen. Der Palastrohbau könne genutzt werden, um über die Entwicklung des Konzepts und die Umgestaltung des Areals öffentlich zu diskutieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/60 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der Innenausschuss hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/98 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/60 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/98 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/60 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der Haushaltsausschuss hat am 14. Dezember 2005 zum Antrag auf Drucksache 16/98 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Anträge auf den Drucksachen 16/60 und 16/98 in seiner Sitzung am 14. Dezember 2005 eingehend beraten und seine Beratungen abgeschlossen. Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP sahen keinen Anlass, die früheren Beschlüsse des Deutschen Bundestages zum Abriss des Palastes der Republik und zur Wiedererrichtung des Stadtschlosses zu ändern.

a) Antrag auf Drucksache 16/60

Der Ausschus hat den Antrag auf Drucksache 16/60 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

b) Antrag auf Drucksache 16/98

Der Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/98 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies zunächst darauf hin, dass in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. eine Tendenz erkennbar sei, vom beschlossenen Abriss des Palastes der Republik völlig abzurücken. Der Abriss solle aber jetzt endlich erfolgen. Gegenüber dem Bundestagsbeschluss vom 4. Juli 2002 habe sich nichts wesentlich geändert. Eine Machbarkeitsstudie zeige, dass sich das geplante Raumkonzept realisieren lasse, und die potenziellen Nutzer, wie etwa die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, hätten erklärt, dass sie damit zurecht kämen. Über alles Weitere müsse man sich parallel zum Abriss unterhalten. Jede weitere Verzögerung koste Geld. Man habe im Übrigen vereinbart, dass eine Zwischennutzung bis zum Abriss erfolgen könne, den Bund jedoch nichts kosten dürfe. Tatsächlich sei aber der Hauptstadtkulturfonds für die Zwischennutzung durch kulturelle Einrichtungen genutzt worden, obwohl deren Veranstaltungen an anderer Stelle genauso hätten stattfinden können. Man habe offenbar den Palast der Republik aufwerten wollen, um leichter begründen zu können, warum er jetzt doch erhalten bleiben solle. Es gebe überdies einen Beschluss aus dem Jahr 2003, in dem sich der Deutsche Bundestag für den Abriss und für eine gärtnerisch gestaltete Übergangslösung mit möglicher kultureller Nutzung für das gesamte Areal ausspreche.

Die **Fraktion der SPD** betonte, das Parlament habe sich in den vergangenen Jahren ausführlich mit allen Fragen zum Palast der Republik befasst und die verschiedenen Nutzungsmodelle diskutiert. Man halte die jetzt vorgesehene Kombination aus öffentlicher Nutzung mit Museumsbereich und geeigneten Veranstaltungsräumlichkeiten, die es in Berlin Mitte so noch nicht gebe, für eine sehr gute Lösung. In der Zeit, in der der Palast der Republik sorgsam und umweltgerecht abgetragen werde, könne man auch noch bestehende Unklarheiten beseitigen und die Konzeption verfeinern. Das Bauvorhaben sei ein Investionsprojekt, dessen Investionssumme von ca. 670 Mio. Euro über 30 Jahre hinweg mit einer jährlichen Investitionshöhe von ca. 30 Mio. Euro finanziert werden könne. Dies sei im Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung möglich und deshalb halte man die Finanzierung insgesamt für realistisch. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung habe in Abstimmung mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zugesagt, zügig die weitere Umsetzungsplanung für das Projekt vorzulegen, so dass nach dem Abriss womöglich gleich mit dem Bau begonnen werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass zur Selbstachtung des Parlaments nicht nur gehöre, an einem einmal gefassten Beschluss festzuhalten, sondern auch, einen Beschluss zu überdenken, wenn sich die Ausgangslage dafür geändert habe. Die Situation um den Neubau des Schlosses habe sich gegenüber dem Bundestagsbeschluss vom 4. Juli 2002 grundlegend geändert und sei unsicherer denn je, wie die vorliegende Machbarkeitsstudie zeige. Die jetzige Konzeption mit Hotel und Tiefgarage, Museen und einem Veranstaltungforum sei nicht zuletzt wegen völlig offener Finanzierungsfragen nicht zu halten und daher unverantwortlich. Niemand in ihren Reihen wolle den Erhalt des alten Palastes der Republik, aber ein Abriss zum jetzigen Zeitpunkt mit einer leeren, in der Folge erst noch zu begrünenden Fläche müsse überdacht werden. Stattdessen solle man das Angebot prüfen, den Rohbau des Palastes der Republik für eine öffentliche Zwischennutzung zu kulturell-kommunikativen Zwecken zur Verfügung zu stellen.

Auch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass es grundlegende Veränderungen gegenüber den Ausgangsbedingungen für den Bundestagsbeschluss vom 4. Juli 2002 gebe. Es gebe keinen Bauherren, kein vernünftiges Nutzungskonzept und keine Finanzierung. Daher müssten diese Fragen neu diskutiert werden. Man wolle keine Grundsatzdebatte über die Frage Stadtschloss oder Palast der Republik und kämpfe nicht für dessen Erhalt. Vielmehr benötige man gerade in Zeiten knapper Kassen konkrete und realisierbare Nutzungskonzepte, bevor man mit viel Geld die bauliche Vergangenheit beseitige. Mit der vorliegenden Machbarkeitsstudie solle man sich ernsthaft befassen.

Berlin, den 17. Januar 2006

Renate Blank Berichterstatterin	**Wolfgang Thierse** Berichterstatter	**Christoph Waitz** Berichterstatter
Dr. Lukrezia Jochimsen Berichterstatterin	**Grietje Bettin** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333